

Dringender Appell

im Mai 2017

„K R A F T S T O F F“ für unsere Schwerpunktaufgaben

Liebe Freunde und Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

Das Jahr 2017 stellt uns vor besondere und aktuelle Aufgaben: Aufarbeitung, strafrechtliche Rehabilitierung, Grundsatzverfahren, u.a. gegen BVVG und Bund, organisatorische Arbeit im Wahljahr und neue Ansätze, die Defizite anzugreifen. Sie sehen, wir sind im ständigen Einsatz.

Über unsere Veranstaltungen und Tätigkeiten im politischen und vorparlamentarischen Raum, über juristische Verfahren und deren Entwicklung haben wir Sie immer wieder orientiert und Ihnen die Wichtigkeit des Einsatzes für den Rechtsstaat, für Recht und Eigentum vor Augen geführt. Nicht zuletzt unsere Kurzinformationen geben eine Zusammenfassung unserer Tätigkeit und auch der aktuellen Initiativen (z.B. siehe die letzten aktuellen Kurzinfos Nr. 294 - 298).

1. Die Infragestellung bisheriger Urteile und Entscheidungen beim kommunistischen Verfolgungsunrecht mit Vermögenseinzug (speziell „Boden- und Industriereform“) steht weiter im Vordergrund. Offensives Vorgehen im Bereich StrRehaG muss mit markanten Modellfällen aufgearbeitet und für die Verfahren minutiös vorbereitet werden.

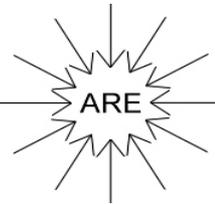
-Mit großem Nachdruck setzen wir uns für eine Entfristung bei der Strafrechtlichen Rehabilitierung ein, ein Erfolg ist denkbar, aber noch nicht abzusehen.

2. Vordringlich sind auch die Verfahren gegen die Bundesrepublik, z. B.: die sogenannten Windkraftbestimmungen im BVVG-Standardvertrag mit sogenanntem Wiederkaufsrecht und die Auswirkungen nach der Verhandlung am 16.November d.J. vor dem Kammergericht Berlin.

3. Nach interessanter Entwicklung in einem der jungen Bundesländer steht die Frage der Verpflichtung zur Grunderwerbsteuer für Verfolgungsoffer und damit EALG- und Flächenerwerbsberechtigte ebenfalls vorrangig auf der Tagesordnung. In dieser Grundsatzfrage geht es um die Nutzung einer guten Ausgangsposition und -im Erfolgsfall um hohe Rückforderungen.

Vor allem der erste Punkt von zentraler grundsätzlicher Bedeutung verlangt sehr tiefgreifende und auch aufwendige Vorbereitungen, voraussichtlich auch eine hochrangige (gutachterliche?) Beurteilung rechtsstaatswidriger früherer Entscheidungen. Die Auswirkungen des Falles Madaus (EGMR und fortgesetztes Verfahren) müssen berücksichtigt werden.

Leider sind bis jetzt die Möglichkeiten für eine hinreichende „Kriegskasse“ immer noch eingeschränkt. Unsere Mitgliedsbeiträge und einige „Kraftstoffspritzen“ reichen hierfür noch nicht.



Da dies unsere Basisarbeit am entscheidenden Punkt berührt, kommen wir heute im Zuge der Programmplanung mit der Bitte: Erkennen Sie die Notwendigkeit zum Handeln durch Unterstützung und Begleitung mit dringend erforderlichen „Kraftstoff“ an.

Wir können Wichtiges bewegen für StrRehaG, BVVG-Verfahren, politische Arbeit im Wahljahr auf Bundes- und Landesebene sowie für unsere Interessen bei der EU.

Ihr „Kraftstoff“ sichert die Bewegungsmöglichkeit und die schnelle Umsetzung dringender Initiativen.

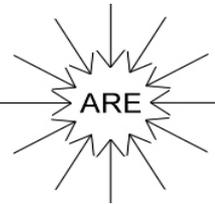
Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung und gestatten Sie uns auch, Sie gegebenenfalls telefonisch anzusprechen.

Für heute verbleiben wir mit recht freundlichen Grüßen

ARE Team
mit Manfred Graf von Schwerin

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Zusammenschluß von Opfern und Geschädigten
14 Aktionsgruppen in den Bundesländern - Kontaktstelle zur EU



ARE-Plänitz : Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75

ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58, Fax: 05624/ 9262-68

E-Mail: are-pl@gmx.de, Internet: www.arenrg.de

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin: BIC: GENODEF INPP IBAN: DE68 1606 1938 0 103 0 127 94